

# Der Parteipräsident sorgt sich um die Volkspartei SP

Der Streit zwischen SP-Regierungsrat Mario Fehr und den Jungsozialisten gibt dem alten SP-Konflikt zwischen Sozialliberalen und Linken neue Nahrung. Die SP-Prominenz beschwichtigt.

Hannes Nussbaumer

Für Daniel Frei, den Chef der Zürcher SP, war gestern der Moment für eine präsidiale Intervention gekommen. Per Mailing wandte er sich an die Partei und schrieb: «Die SP ist dann am stärksten und erfolgreichsten, wenn sie sich als linke Volkspartei versteht. Mit Mitgliedern sowie Exponentinnen und Exponenten von Mitte-links bis ganz links kann sie am meisten Wähler ansprechen (...). Auf den aktuellen Konflikt bezogen heisst dies: Mario Fehr und die Jusos gehören zur SP. Beide machen den Charakter der SP als Volkspartei aus.»

Frei reagierte damit auf den Streit in der Zürcher SP, der gestern neue Nahrung bekam: In Interviews mit der «NZZ» und der «Schweizer Illustrierten» kritisierte Mario Fehr, Zürcher SP-Regierungsrat und Sicherheitsdirektor, seine Partei im Allgemeinen und die Jungsozialisten im Besonderen.

Von rosa- bis dunkelrot

Hintergrund des Streits ist die von Fehr angeordnete Beschaffung einer Überwachungssoftware. Die Jusos reichten in der Folge eine Strafanzeige gegen Fehr ein. Dieser reagierte, indem er seine SP-Mitgliedschaft sistierte. Fehr bezeichnete die SP in den Interviews als «zu eng» und «zu dogmatisch». Es müsse in der SP «Platz haben für akzentuierte Sozialliberale wie Tim Guldemann, Daniel Jositsch oder mich». Leider gebe es in der SP aber Kräfte, die alle Andersdenkenden hinausdrängen wollten. Er hoffe, so Fehr, dass sich die intoleranten



Daniel Frei  
SP-Präsident

Kräfte, «die andere mit Strafanzeigen eindecken, nicht durchsetzen».

Der Streit bewegt die SP, die soeben noch als glänzende Wahlsiegerin im Rampenlicht gestanden ist. Einhellig und mit Nachdruck verurteilen die Spitzenvertreter der Partei die Juso-Strafanzeige. Gleichzeitig beschwichtigen sie: Der Konflikt zwischen den pragmatischen, liberalen Kräften und den dezidiert linken gehöre zum Wesen der SP. «Zwischen dem linksten und dem rechten SP-Mitglied war schon immer eine grosse Distanz», sagt die neu gewählte Nationalrätin Priska Seiler Graf. Und sie betont: «Genau dies ist ja eine Stärke der SP.»

Bei den nationalen Wahlen im Oktober habe die Zürcher SP diese Stärke ausspielen können - sie sei mit pointierten linken Vertreterinnen wie Mattea Meyer und mit pointiert sozialliberalen Vertretern wie Daniel Jositsch angetreten. Und beide wurden gewählt. Das zeige, so Neo-Nationalrätin Min Li Marti, dass die Wählerinnen und Wähler die Breite der Partei schätzen würden. SP-Nationalrätin Jacqueline Badran sekundiert: «Es



Jaqueline Badran  
SP-Nationalrätin

gibt in der SP viele Auseinandersetzungen um einzelne Themen, aber keinen Richtungsstreit.»

SP-Exponenten sind davon überzeugt, dass die Partei nur verlieren würde, wenn sie sich auf ein Entweder-oder einlasse und einen richtigen Flügelkampf zulasse: «Radikallinke Kampfparolen kommen auf dem Land nicht gut an», sagt Parteivizepräsident Moritz Spillmann. Gleichzeitig hätte es eine sozialliberal positionierte SP in der Stadt schwer, wo ihr am linken Rand die Alternative Liste Konkurrenz macht.

Dass in einer Partei, die gleichzeitig rosa- und dunkelrot sein will, notwendigerweise Querelen entstehen: Das weiss auch Präsident Frei. Trotzdem (und ob schon die Partei-Granden das Konfliktpotenzial wortreich abtempieren) hat er den Fehr/Juso-Streit nun zum Anlass für eine Intervention genommen. Das liegt daran, dass für Frei etwas Grundsätzliches auf dem Spiel steht: «Es ist zentral, dass sich alle in der SP zur Volkspartei bekennen. Alle müssen bereit sein, unter einem Dach zu wirken. Niemand darf für sich beanspruchen, die Wahrheit zu

pachten. Wenn einzelne Kräfte in der SP nicht bereit sind zu diesem Bekenntnis, wird es sehr schwierig.» Noch nie, so Frei, habe er auf ein Mailing so viele Reaktionen erhalten wie auf das gestrige. Davon hätten ihn 95 Prozent unterstützt und ihm gedankt.

Gleichzeitig gibt Jacqueline Badran zu bedenken: «Man muss sich bewusst sein, dass Linke auf Überwachungsfragen hochsensibel reagieren: Wir waren die Fichenopfer. Wir standen in Cinceras Visier. Wir wurden aus Gesinnungsgründen nicht als Lehrer angestellt.» Auf der symbolischen Ebene, so Badran, berühre der Staatstrojaner ein historisches Trauma der Linken. «Darum wäre es gut gewesen, Mario Fehr wäre mit etwas mehr Fingerspitzengefühl vorgegangen und hätte sich mit den Jusos zusammengesetzt und sein Vorgehen erklärt.»

«Keine Grundsatzfrage»

Es mag sich bei der Staatstrojanerbeschaffung oder beim umstrittenen Bundesgesetz zur Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (Büpf) um Themen von symbolischem Gewicht handeln. Oder - wie Jacqueline Badran sagt - um Themen, die in der SP «immer für Auseinandersetzungen sorgen».

Gleichzeitig seien dies aber Themen, so Min Li Marti, bei denen es «um keine sozialdemokratische Grundsatzfrage» gehe. Und ebenso wenig um Fragen, wo sich linke und rechte Positionen so einfach definieren lassen würden. Das zeige sich nur schon daran, dass nicht nur die Jusos gegen das Büpf seien, sondern auch die Junge SVF.

Die Ecke

## Ehrliche Politwerbung

Er war ein dreirädriger Kastenwagen wie aus einem Film der Dreissigerjahre, gerade gross genug, um drei gestapelte Kinder oder eine Hundehütte ohne Hund zu transportieren. Er ratterte, hustete, krachte beim Stauffacher um die Ecke mit der Lautstärke eines kleinen, kampfbereiten Tiers. Und auf allen blendend weiss lackierten Flächen stand in Riesenschlüssen: MASSLOSE LIMMATBAHN-NEIN! Und man musste zugeben, er war der radikalste Gegensatz zu diesem Projekt, der sich denken liess. (cit)

Nachrichten

### Streit Junge Frau von Unbekannter im Kreis 4 niedergeschlagen

Zürich - In der Nacht auf Freitag ist es an der Langstrasse zu einem gewalttätigen Streit gekommen. Laut der Stadtpolizei begann die Auseinandersetzung kurz nach 3 Uhr vor der Piranha-Bar mit einem verbalen Disput. Dann eskalierte der Streit zwischen mehreren Frauen. Eine 20-jährige Dominikanerin wurde dabei von einer Unbekannten tätlich angegriffen und zu Boden geschlagen. Sie musste mit leichten Verletzungen ins Spital gebracht werden. Die Täterin flüchtete zu Fuss in unbekannte Richtung. Die Stadtpolizei sucht Zeugen. (ep)

Einbruch

### Mehrere Tausend Franken aus SRF-TV-Studio-Beiz gestohlen

Zürich - Unbekannte haben in der Nacht auf Freitag im Restaurant des Fernsehstudios Leutschenbach mehrere Tausend Franken gestohlen. Sie öffneten gewaltsam einen Tresor. Restaurantangestellte fanden am Freitagmorgen den Tresor offen und leer vor, wie die Stadtpolizei mitteilte. Das Restaurant wird von einem externen Betreiber geführt und nicht von SRF. Bei der Beute handle es sich nicht um SRF-Gelder. (SDA)

Zeugenaufwurf

### Quadfahrer bei Selbstunfall schwer verletzt

Ottikon - Der Fahrer eines vierrädrigen Motorrads, eines Quads, ist bei einem Verkehrsunfall am Donnerstag schwer verletzt worden. Laut der Kantonspolizei war der 34-Jährige mit seinem Fahrzeug kurz nach 16 Uhr auf der Altrüti-Strasse in Richtung Gossau unterwegs, als er aus unbekanntem Grund von der Strasse abkam. Er musste mit der Rega ins Spital geflogen werden. Die Polizei sucht Zeugen (Tel. 044 9383010). (mth)

Wettbewerb

### Stadion: Nach dem Dämpfer ein Lichtblick

Zürich - Der Totalunternehmer Losinger Marazzi nimmt am Investorenwettbewerb für das neue Stadion auf dem Hardturmareal teil. Dies berichtete die SRF-Sendung «Schweiz aktuell» gestern. Zuvor war bekannt geworden, dass sich die Bauunternehmung Halter und CS Real Estate gegen eine Teilnahme am Wettbewerb entschieden haben. (mth)

Abstimmung

### Bürgerliches Komitee gegen Lohndumpinginitiative

Zürich - Am 28. Februar findet die Abstimmung über die Lohndumpinginitiative der Gewerkschaft Unia statt. Bereits hat sich ein überparteiliches Komitee aus Vertretern der Zürcher Wirtschaft und der bürgerlichen Parteien gebildet, das die Initiative ablehnt. Sie sei kontraproduktiv, unverhältnismässig und schade dem Wirtschaftsstandort Zürich, teilte das Komitee gestern mit. (mth)

Finanzen

### Wallisellen budgetiert für nächstes Jahr ein Minus

Wallisellen - Der Voranschlag 2016 weist ein Defizit von 9,5 Millionen Franken auf. Der Steuerfuss der Politischen Gemeinde soll bei 49 Prozent belassen werden, wie es in einer Mitteilung heisst. Die Schulpflege beantragt, den aktuellen Steuerfuss von 48 Prozent für die Schulgemeinde beizubehalten. (TA)

## Die Impfshow der Gesundheitspolitiker

Die Zürcher Apotheker haben neuerdings die Lizenz zum Impfen. 52 von ihnen nutzen diese bereits und bieten jetzt die Grippeimpfung an.

Susanne Andereg

Thomas Heiniger lässt sich jeden Herbst gegen Grippe impfen, und das nicht erst, seit er Gesundheitsdirektor des Kantons Zürich ist. «Die Impfung ist ein Schutz für mich selber, aber auch ein Akt der Solidarität, damit ich keine anderen Leute anstecke», sagte der FDP-Politiker gestern, als er sich in der Apotheke Paradeplatz von CVP-Kantonsrat Lorenz Schmid die Spritze setzen liess. Die beiden boten am nationalen Impftag eine kleine Show für die Medien. Heiniger, wie immer in eng geschnittener Kleidung, musste sein Hemd ausziehen, weil sich der Ärmel nicht weit genug hinaufkriechen liess. Mit nacktem Oberkörper sass er in Modelpose auf der Liege, während Schmid pathetisch zur Tat schritt: Desinfizieren, Stechen, Pflasterli drauf.

Eine kurze Behandlung von grosser Bedeutung. Zumal für Verbandspräsident Lorenz Schmid. Jahrelang hatte er dafür gekämpft, dass die Apotheker impfen dürfen. Dabei ging es ihm weniger ums Geschäft als um die Stärkung seines Berufsstandes durch zusätzliche Kompetenzen. Dieses Anliegen wurde noch dringender, als die Ärzte im Kanton Zürich das Recht zur Medikamentenabgabe erhielten. Nun wollten im Gegenzug auch die Apotheker ihr Angebot ausbauen. Gesundheitsdirektor Heiniger stand dem Begehren zuerst skeptisch gegenüber, lenkte dann aber auf einen Kompromiss ein: Seit dem 1. September dürfen die Zürcher Apotheker selbstständig gegen Grippe, Hirnhautentzündung durch Zeckenbiss sowie gegen Hepatitis A und B impfen (Letzteres allerdings nur nach Erstimmunisierung durch einen Arzt). Gegen diese vier Krankheiten werden Totimpfstoffe eingesetzt. Das Impfen mit Lebendimpfstoffen, etwa gegen Masern, bleibt vor-



Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger lässt sich von Lorenz Schmid gegen Grippe impfen. Foto: Apothekerverband des Kantons Zürich

erst verboten. Da werden die Apotheker weiter lobbyieren. Heiniger liess gestern durchblicken, dass er für eine spätere Lockerung offen sei.

52 Apotheken impfen

Aktuell bieten 52 von total 220 Apotheken im Kanton Impfungen an, vor allem solche in urbanen Zentren mit viel Laufkundschaft. Schmid rechnet damit, dass es schon bald doppelt so viele sein werden. Voraussetzung ist eine gewisse Infrastruktur und Weiterbildung. Die Apotheke braucht einen abgetrennten Raum, weil der Patient medizinische Fragen beantworten und sich allenfalls ausziehen muss. Dass jemand beim Impfen zusammenklappt, ist zwar äusserst

selten, dennoch müssen Notfallmedikamente, Sauerstoff und eine Liege bereitstehen. Die Impfweiterbildung für die Apotheker dauert laut Schmid dreieinhalb bis vier Tage und kostet rund 4000 Franken.

«Gewinn machen können wir mit dem Impfen nicht», sagt Schmid. Für die Grippeimpfung verlangt er in seiner Apotheke beim Zürcher Paradeplatz 40 Franken. Zum Vergleich: Bei der Hausärztin kostet es 70 bis 100 Franken, wenn man dafür extra eine Konsultation vereinbart. Seit Apotheker Schmid den Impfstoff Ende September bekam, hat er rund 80 Personen gegen Grippe geimpft. Vom politischen Kampf der Zürcher Apotheker profitieren ihre

Kollegen in anderen Kantonen. Auch in Freiburg, Bern, Solothurn und Neuenburg dürfen Apotheken Impfungen anbieten. Sie haben die Liberalisierung teils sogar noch vor Zürich eingeführt, denn hier verzögerte sie sich wegen der Einsprache eines Impfgegners aus der Ostschweiz. Das Verwaltungsgericht hat dessen Beschwerde noch nicht inhaltlich entschieden, sondern ihr erst die aufschiebende Wirkung entzogen. Die Chancen, dass der Impfgegner recht bekommt, sind aber äusserst gering.

Lorenz Schmid kann unbesorgt weiterhin impfen. Und hoffen, dass viele Leute dem guten Beispiel des Gesundheitsdirektors folgen werden.